

Druckausgabe eines Artikels

[Kontakt](#) | [Über uns](#) | [Bücher](#) | [Videos](#) | [Leserreisen](#) | [Shop](#)<<< | 

28.07.07

Mietstopp für Sozialwohnungen

Senat zieht Notbremse bei 40 000 Quartieren und investiert dafür 3,8 Millionen Euro

Von Bernd Kammer

Die Mieten in einem Teil der Sozialwohnungen sollen im kommenden Jahr nicht ansteigen. Der Senat will Kappungsgrenzen einführen, die bei Wohnungen in einfachen und mittleren Lagen bei 5,75 Euro Miete pro Quadratmeter monatlich liegen. In schwierigen Großsiedlungen wie etwa der Rollbergsiedlung in Neukölln sollen nicht mehr als 5,35 Euro pro Quadratmeter Höchstmiete gezahlt werden. Das Abgeordnetenhaus muss dem »Mietenkonzept 2008« noch zustimmen.

Betroffen sind etwa 123 000 Sozialwohnungen, die nach 1972 mit öffentlichen Fördergeldern errichtet wurden. Vom Mietstopp werden allerdings nur rund 40 000 Wohnungen profitieren. Bei ihnen hat die Miete bereits die Kappungsgrenze erreicht oder sogar überschritten. Immerhin liegt die Durchschnittsmiete für Sozialwohnungen bei 5,30 Euro pro Quadratmeter. Das ist erheblich mehr, als laut neuestem Mietspiegel für eine privat finanzierte Durchschnittswohnung bezahlt werden: 4,75 Euro.

Jetzt zieht der Senat die Notbremse, um »regionale Mietgerechtigkeit« herzustellen, so Hella Dunger-Löper (SPD), Staatssekretärin für Stadtentwicklung. Der Senat verzichtet im kommenden Jahr bei den Wohnungen, die bereits an der Kappungsgrenze liegen, auf den Abbau der Förderung um 13 Cent pro Quadratmeter. Um diesen Betrag hätte der Wohnungseigentümer die Monatsmiete erhöhen können. Bei einer 75-Quadratmeter-Wohnung wären so knapp zehn Euro mehr fällig gewesen. 2004 und 2005 hatte das Land seine Förderung sogar um 30 Cent pro Quadratmeter abgebaut, um Geld zu sparen. Die Begrenzung der Mieten lässt sich das Land nun in den kommenden beiden Jahren insgesamt 3,8 Millionen Euro kosten.

»Wenn die Mieten weiter unkontrolliert ansteigen, werden die Wohnungen unvermietbar«, sagt Thomas Brand, Referatsleiter bei der Senats-Stadtentwicklungsverwaltung. Angesichts der oft günstigeren Mieten beispielsweise in Altbauwohnungen seien die Bewohner nicht unbedingt auf Sozialwohnungen angewiesen. »Wir haben bereits viele leer stehende Sozialwohnungen.« Allein bei den Mitgliedsfirmen des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) stehen etwa 4000 Sozialwohnungen leer.

Jutta Matuschek, wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, sieht den Verzicht auf Förderungsabbau mit gemischten Gefühlen. Gefördert würden ja nicht die Mieter, sondern die Wohnungsunternehmen. Die Mietentwicklung sei eine Spätfolge der unsäglichen Wohnungsbauförderung der 70er und 80er Jahre. »Wer damals am teuersten baute, bekam die meiste Förderung.« Wenn Berlin jetzt auf den Abbau verzichtet, bezahle es dafür ein zweites Mal. Auch der Mieterverein kritisierte, dass damit an der »grundsätzlichen Problematik dieser überteuerten Wohnungsbestände wenig geändert wird«.

Ob Berlin seine Förderung auch 2009 nicht abbaut, werde nächstes Jahr entschieden, sagt Brand. »Wir müssen sehen, wie sich der Wohnungsmarkt und die Finanzsituation des Landes entwickeln.«

Ausdruck am Montag, 30. Juli 2007

<<< | [Impressum](#)  [Rechtshinweis](#)